

Kristina Marie Stomper

# Kriminalisierung von Hardcore-Kartellrechtsverstößen

Eine grundlegende Untersuchung zur Frage der Zulässigkeit  
und Zweckmäßigkeit und zur Frage der effektiven, system- und  
verfassungskonformen Umsetzung



**Nomos**

Wirtschaftsrecht und Wirtschaftspolitik

herausgegeben von  
Prof. Dr. Florian Bien  
Prof. Dr. Ulrich Schwalbe  
Prof. Dr. Heike Schweitzer

begründet von  
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Ernst-Joachim Mestmäcker

Band 305

Kristina Marie Stomper

# Kriminalisierung von Hardcore-Kartellrechtsverstößen

Eine grundlegende Untersuchung zur Frage der Zulässigkeit und Zweckmäßigkeit und zur Frage der effektiven, system- und verfassungskonformen Umsetzung



**Nomos**



Onlineversion  
Nomos eLibrary

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Bonn, Univ., Diss., 2020

u.d.T.: „Kriminalisierung von Hardcore-Kartellrechtsverstößen als zusätzliche Individualsanktion im deutschen System der Kartellrechtsdurchsetzung“

ISBN 978-3-8487-7079-3 (Print)

ISBN 978-3-7489-2469-2 (ePDF)

1. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

*Meinen Eltern*



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn im Wintersemester 2020/2021 als Dissertation angenommen. Literatur und Rechtsprechung konnten für die Veröffentlichung bis Anfang Januar 2021 berücksichtigt werden.

Mein ganz besonderer Dank gilt zunächst meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Daniel Zimmer, LL.M. (UCLA). Er hat mein Interesse am Kartellrecht als Studentin geweckt und im Rahmen meiner Zeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin an seinem Lehrstuhl sehr gefördert. Mein Dissertationsvorhaben hat er von Beginn an mit großem Interesse und vielen hilfreichen Anregungen begleitet, mir dabei aber auch stets alle wissenschaftlichen Freiheiten gelassen. Herrn Prof. Dr. Jens Koch danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Des Weiteren möchte ich Frau Prof. Dr. Heike Schweitzer, Herrn Prof. Dr. Florian Bien und Herrn Prof. Dr. Ulrich Schwalbe für die Aufnahme der Arbeit in diese Schriftenreihe danken.

Dem Arbeitskreis Wirtschaft und Recht im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft bin ich zu großem Dank verpflichtet, da er die Entstehung und Veröffentlichung der Arbeit durch ein großzügiges Promotionsstipendium und einen Zuschuss zu den Druckkosten gefördert hat.

Meinen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen am Lehrstuhl danke ich für ihre hilfreichen Anregungen und die stets gute Zusammenarbeit. Ein besonderer Dank gebührt dabei Dr. Laura Bolz und Johannes Rottmann für ihre vielen Ratschläge, die diese Arbeit an so mancher Stelle wirklich vorangebracht haben. Meiner Schwester Dr. Julia Stomper und meiner guten Freundin Marie Köhler danke ich für die sorgfältige Durchsicht des Manuskripts.

Meinem Freund Frederic Löpke danke ich für sein großes Verständnis während der Erstellung der Arbeit, seine (fast) grenzenlose Geduld bei technischen Problemen meinerseits und seine immerwährende Unterstützung, die für mich von unschätzbarem Wert ist.

Mein letzter und größter Dank gilt schließlich meinen Eltern Josefine und Jürgen Stomper, die mich auf meinem bisherigen Ausbildungs- und

*Vorwort*

Lebensweg immer bedingungslos unterstützt und mit viel Liebe und großem Optimismus begleitet haben. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Bonn, im Januar 2021

*Kristina Stomper*



## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Kapitel 1: Einleitung	23
A. Einführung in die Problematik	23
B. Konkretisierung des Untersuchungsgegenstands und Abgrenzung	29
I. <i>Hardcore</i> -Kartelle – Begriffsbestimmung	31
1. Unterscheidung zwischen horizontalen und vertikalen Kartellen	32
2. Definitionsansätze	33
II. Verbreitung von <i>Hardcore</i> -Kartellen in der Praxis	36
C. Ziel der Arbeit und Gang der Untersuchung	39
Kapitel 2: Grundlagen der Kartellrechtsdurchsetzung <i>de lege lata</i>	42
A. Entwicklung der Kartellrechtsdurchsetzung in Deutschland – eine <i>Tour d’Horizon</i>	42
I. Rechtslage vor Erlass des GWB im Jahr 1958	43
II. Sinneswandel mit Erlass des GWB und Reformbestrebungen seither	45
III. Fazit	51
B. Zwecke der Kartellrechtsdurchsetzung	52
I. Schutz des Wettbewerbs als Hauptziel des Kartellrechts	52
II. Ausgewählte Zwecke der Sanktionierung von Kartellrechtsverstößen	53
1. Prävention	54
2. Repression	57
C. Das duale System der Kartellrechtsdurchsetzung in Deutschland	58
I. Öffentliche Kartellrechtsdurchsetzung als erste Säule	58
1. Bußgeldrechtliche Sanktionen	59
a) Bußgeldtatbestand	59
b) Bußgeldadressaten	59
aa) Natürliche Personen	60
bb) Juristische Personen oder Personenvereinigungen	61

Inhaltsverzeichnis

c) Bußgeldbemessung	63
d) Zuständigkeit und Verfahren	65
e) Praktische Bedeutung der bußgeldrechtlichen Sanktionen	67
2. Strafrechtliche Sanktionen	69
a) Straftatbestände	70
aa) Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB)	71
(1) Entstehungsgeschichte und Normzweck	71
(2) Tätige Reue als persönlicher Strafaufhebungsgrund	73
bb) Betrug (§ 263 StGB)	74
b) Sanktionsadressaten	76
c) Zuständigkeit und Verfahren	77
aa) „Gesplante“ Zuständigkeitsverteilung	77
bb) Verfahrensgrundsätze	80
cc) Verfahrensablauf und Sanktionen	82
dd) Strafzumessung und Reichweite von § 46b StGB	84
d) Praktische Bedeutung der strafrechtlichen Sanktionen	87
3. Verwaltungsrechtliche Sanktionen	91
a) Handlungsmöglichkeiten der Kartellbehörde im Verwaltungsverfahren	92
b) Praktische Bedeutung der verwaltungsrechtlichen Sanktionen	94
II. Private Kartellrechtsdurchsetzung als zweite Säule	95
1. Zivilrechtliche Sanktionen	95
2. Praktische Bedeutung der zivilrechtlichen Sanktionen	96
III. Fazit	98
Kapitel 3: Zulässigkeit und Zweckmäßigkeit einer Kriminalisierung	101
A. Maßstab für die Kriminalisierung eines bestimmten Verhaltens	101
I. Verfassungsrechtliche und strafrechtsdogmatische Anforderungen	102
II. Schlussfolgerung	106
B. Strafwürdigkeit von <i>Hardcore</i> -Kartellrechtsverstößen	107
I. Allgemeine Grundsätze zur Bestimmung der Strafwürdigkeit	108
1. Das Verhältnis zwischen Straftat und Ordnungswidrigkeit	108

2. Allgemeine Kriterien zur Abgrenzung von Straftat und Ordnungswidrigkeit	112
II. Der freie Wettbewerb als strafrechtlich schutzwürdiges Rechtsgut	114
1. Zentrale Einwände gegen die Rechtsgutsqualität des freien Wettbewerbs	114
2. Stellungnahme	116
III. Handlungs- und Erfolgsunrecht von <i>Hardcore</i> -Kartellrechtsverstößen	121
1. Hohe Sozialschädlichkeit von <i>Hardcore</i> -Kartellrechtsverstößen	121
2. Hoher sozioethischer Unrechtsgehalt von <i>Hardcore</i> -Kartellrechtsverstößen	124
3. Gesellschaftlicher Konsens über die Sozialschädlichkeit und seine Relevanz	127
IV. Schlussfolgerungen	131
1. Systemwidrigkeit der Einordnung von <i>Hardcore</i> -Kartellrechtsverstößen als Ordnungswidrigkeit und Fehlen von normativer Kohärenz	132
a) Wertungswiderspruch im Verhältnis zu anderen Straftaten	132
b) Wertungswiderspruch im Verhältnis zu anderen Ordnungswidrigkeiten	135
2. Glaubwürdigkeitslücke	137
V. Ergebnis: Strafwürdigkeit von <i>Hardcore</i> -Kartellrechtsverstößen	138
C. Strafbedürftigkeit von <i>Hardcore</i> -Kartellrechtsverstößen	139
I. Keine optimale Wirksamkeit einer überwiegend bußgeldbasierten Sanktionierung	140
1. Die Theorie der optimalen Sanktion	142
2. Die Grenzen einer bußgeldbasierten Sanktionierung	144
a) Geldbußen gegenüber Unternehmen	146
aa) Insolvenzgefahr und der <i>Inability-to-pay</i> -Einwand	146
bb) Drohende Effizienzverluste und Gefahr der Überwälzung	148
cc) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	150
dd) <i>Principal-Agent</i> -Konflikt	151
ee) Zwischenergebnis	154

Inhaltsverzeichnis

b) Geldbußen gegenüber natürlichen Personen	155
aa) Vielfältige Umgehungsmöglichkeiten	155
(1) Übernahme von Individualgeldbußen durch das Unternehmen	156
(2) Versicherungsschutz durch D&O-Versicherung?	158
bb) Unzureichende Höhe bei zu geringer Ahndungswahrscheinlichkeit	159
cc) Zwischenergebnis	161
3. Empirische Evidenz?	161
4. Schlussfolgerung	163
II. Steigerung der Effektivität des derzeitigen Kartellsanktionssystems durch eine weitergehende Kriminalisierung	164
1. Zentrale Argumente pro Kriminalisierung	165
a) Erhöhung der Abschreckungswirkung gegenüber natürlichen Personen	165
aa) Abschreckungswirkung von Kriminalstrafen aus rechtsökonomischer Sicht	168
(1) Rational handelnder Täter als optimaler Adressat	168
(2) Vermeidung von <i>Principal-Agent</i> -Problemen	170
bb) Vorbildfunktion persönlicher Kriminalstrafen im Kapitalmarktrecht	173
cc) Ein „Blick über den Tellerrand“ – Erfahrungen aus den USA	175
(1) Anekdotische Evidenz aus der Kartellrechtspraxis der <i>Antitrust Division</i>	176
(2) Übertragbarkeit der Erkenntnisse auf das deutsche Sanktionssystem	179
dd) Zwischenergebnis	181
b) Stärkung des Unrechtsbewusstseins und positive Generalprävention	181
c) Erhöhung der Aufdeckungswahrscheinlichkeit durch verstärkte Inanspruchnahme der Kronzeugenregelung	183
d) Zusätzlicher Anreiz zur Optimierung von <i>Compliance</i> -Systemen	184
e) Erweiterung der Ermittlungsbefugnisse im Kartellverfahren	185
f) Schlussfolgerung	186

2. Zentrale Argumente contra Kriminalisierung	187
a) Drohender Rückgang von Kronzeugenanträgen im Kartellbußgeldverfahren	188
aa) Der spieltheoretische Ansatz von Kronzeugenregelungen: das Gefangenendilemma	190
bb) Einschätzung der Effektivität und Effizienz von Kronzeugenregelungen aus kartellbehördlicher und wirtschaftstheoretischer Sicht	193
cc) Drohender Effektivitätsverlust durch weitergehendes Akteneinsichtsrecht im Kartellstrafverfahren	198
b) Drohender Rückgang der <i>Settlement</i> -Bereitschaft im Kartellbußgeldverfahren	200
c) Verfahrensrechtliche Ineffektivität und fehlende Praktikabilität	203
aa) Zuständigkeitsspaltung und daraus resultierende Folgeprobleme	203
bb) StPO als nicht praktikable Verfahrensordnung für das Kartellverfahren	206
cc) Stellungnahme	207
d) Problem der hinreichend bestimmten Tatbestandsfassung und damit verbundene Gefahr unverhältnismäßiger Sanktionen	213
e) Drohende Stabilisierung von Kartellen und abnehmende Grenzabschreckung	218
f) Ungleichgewicht zur Kartellverfolgung auf EU-Ebene und Gefahr eines verminderten Informationsaustauschs im Rahmen des ECN	220
g) Schlussfolgerung	222
3. Fazit	225
III. Alternativen zu einer Kriminalisierung und Analyse ihrer Wirksamkeit	225
1. Erweiterung des derzeitigen Kartellsanktionssystems	226
a) Maßnahmen zur Verschärfung der Unternehmenssanktionen	226
b) Maßnahmen zur Verschärfung der Individualsanktionen	230
aa) Einführung eines kartellbehördlichen Berufsverbots im Bußgeldverfahren	230

*Inhaltsverzeichnis*

bb) Verschärfung der persönlichen Kartellbußgeldverantwortlichkeit	234
cc) Interne Organhaftung für unternehmensbezogene Kartellgeldbußen	236
dd) Erweiterung des Katalogs sonstiger unternehmensinterner Sanktionen	240
2. Erhöhung der Aufdeckungswahrscheinlichkeit	242
3. Weitere Stärkung der privaten Kartellrechtsdurchsetzung	245
4. Schlussfolgerung	250
IV. Ergebnis: Strafbedürftigkeit von <i>Hardcore</i> - Kartellrechtsverstößen	251
D. Ergebnis zu Kapitel 3: Kriminalisierung zulässig und zweckmäßig	253
 Kapitel 4: Effektive, system- und verfassungskonforme Umsetzung	257
A. Die Ausgestaltung eines materiell-rechtlichen Straftatbestands	257
I. Bereits existierende Regelungsvorschläge	257
1. Der Entwurf der Monopolkommission	258
2. Der Entwurf der Arbeitsgruppe der JuMiKo	260
3. Der Entwurf von <i>Reims</i>	261
4. Kritische Würdigung	264
a) Die Entwürfe der Monopolkommission und der Arbeitsgruppe der JuMiKo	265
b) Der Entwurf von <i>Reims</i>	271
II. Eigener Regelungsvorschlag mit Erläuterungen	273
B. Flankierende Regelungen	279
I. Kartellstrafrechtsspezifische Kronzeugenregelung	280
1. Vereinbarkeit mit verfassungsrechtlichen und strafprozessualen Grundprinzipien	281
2. Vorüberlegungen zur Ausgestaltung	286
a) Grundvoraussetzungen für eine effektive Kronzeugenregelung	286
b) Seitenblick auf die Regelungskonzepte ausländischer Rechtsordnungen	288
aa) USA	289
bb) Großbritannien	292
cc) Österreich	294

c)	Sekundärrechtliche Vorgaben der ECN-Plus-Richtlinie	297
aa)	Wortlaut von Art. 23 Abs. 1 bis 3 ECN-Plus-Richtlinie	297
bb)	Auslegung	298
(1)	Konzeptioneller Ausgangspunkt: Kronzeugenantrag des Unternehmens	299
(2)	Anwendungsbereich	300
(a)	Persönlich – Welche natürlichen Personen sind erfasst?	300
(b)	Sachlich – Welche Delikte sind erfasst?	303
(c)	Zeitlich – Bis zu welchem Zeitpunkt ist eine Privilegierung noch möglich?	304
(3)	Rechtsfolge	306
cc)	Anpassungsbedarf für den deutschen Gesetzgeber	307
3.	Bereits existierende Regelungsvorschläge	308
a)	Der Entwurf der Monopolkommission	309
b)	Der Entwurf der Arbeitsgruppe der JuMiKo	310
c)	Kritische Würdigung	311
4.	Eigener Regelungsvorschlag mit Erläuterungen	314
II.	Regelung zum besonderen Schutz von Kronzeugenunterlagen	320
1.	Vorüberlegungen zur Ausgestaltung	321
2.	Eigener Regelungsvorschlag mit Erläuterungen	324
III.	Regelungen zur Neugestaltung der Zuständigkeits- und Verfahrenskoordination	326
1.	Vorüberlegungen zur Ausgestaltung	326
a)	Ziel der verfahrensrechtlichen Neuregelungen	326
b)	Sonderzuständigkeit des Bundeskartellamts im Ermittlungsverfahren	327
aa)	Vorbild: Sonderstellung der Finanzbehörden im Steuerstrafverfahren	328
bb)	Übertragbarkeit auf die Stellung der Kartellbehörden im Kartellstrafverfahren	330
cc)	Erstreckung der Sonderzuständigkeit auf die Erhebung der Anklage?	332
(1)	Vereinbarkeit mit strafprozessualen Grundsätzen	333
(2)	Vereinbarkeit mit verfassungsrechtlichen Grundsätzen	335

*Inhaltsverzeichnis*

(3) Alternativen zur Anklagezuständigkeit des Bundeskartellamts	336
(4) Stellungnahme	337
c) Beteiligung des Bundeskartellamts im Hauptverfahren	340
d) Sonderzuständigkeit des OLG Düsseldorf im Hauptverfahren	341
2. Eigener Regelungsvorschlag mit Erläuterungen	342
a) Neuregelungen im GWB	342
b) Änderungen im GWB	349
c) Änderungen im GVG	350
IV. Regelung zur Nichtberücksichtigung von <i>Settlement-</i> Erklärungen	351
1. Vorüberlegungen zur Ausgestaltung	351
2. Eigener Regelungsvorschlag mit Erläuterungen	353
Kapitel 5: Schlussbetrachtung	356
A. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse in Thesen	357
B. Abschließender Vorschlag für ein kohärentes Regelungssystem <i>de</i> <i>lege ferenda</i>	362
I. Neuregelungen im StGB	362
II. Neuregelungen im GWB	365
Literatur- und Materialienverzeichnis	369
Literatur	369
Materialien	408



## Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Auffassung
ABl. EU	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
a.E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft; Amtsgericht
AktG	Aktiengesetz
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
AWG	Außenwirtschaftsgesetz
Az.	Aktenzeichen
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BAG	Bundesarbeitsgericht
Bd.	Band
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BKartA	Bundeskartellamt
BMI	Bundesministerium des Inneren
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
BörsG	Börsengesetz
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
BT	Besonderer Teil
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BtMG	Betäubungsmittelgesetz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BWaldG	Bundeswaldgesetz

*Abkürzungsverzeichnis*

BZRG	Bundeszentralregistergesetz
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CDDA	Company Directors Disqualification Act
dass.	dasselbe
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe
DM	Deutsche Markt
ECN	European Competition Network
ECN-Plus-Richtlinie	Richtlinie (EU) 2019/1 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Stärkung der Wettbewerbsbehörden der Mitgliedstaaten im Hinblick auf eine wirksamere Durchsetzung der Wettbewerbsvorschriften und zur Gewährleistung des reibungslosen Funktionierens des Binnenmarkts, ABl. EU L 11/3 vom 14. Januar 2019
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
Einl.	Einleitung
EL	Ergänzungslieferung
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
engl.	englisch
EU	Europäische Union
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUV	Vertrag über die Europäische Union
e.V.	eingetragener Verein
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f. (ff.)	folgende (Plural)
Fn.	Fußnote
FKVO	Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen, ABl. L 24/1 vom 29. Januar 2004
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung

GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GWB-E	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen-Entwurf
GWB-RegE	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen-Regierungsentwurf zur 10. GWB-Novelle (GWB-Digitalisierungsgesetz)
HGB	Handelsgesetzbuch
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
ICN	International Competition Network
i.S.d.	im Sinne des/der
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
KAGB	Kapitalanlagegesetzbuch
Kap.	Kapitel
Kartellschadensersatzrichtlinie	Richtlinie 2014/104/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. November 2014 über bestimmte Vorschriften für Schadensersatzklagen nach nationalem Recht wegen Zuwiderhandlungen gegen wettbewerbsrechtliche Bestimmungen der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union, ABl. EU L 349/1 vom 5. Dezember 2014
KorruptionsbG NRW	Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW
KWG	Kreditwesengesetz
LAG	Landesarbeitsgericht
LG	Landgericht
lit.	littera (lat. für Buchstabe)
Marktmissbrauchsrichtlinie	Richtlinie 2014/57/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16.04.2014 über strafrechtliche Sanktionen bei Marktmanipulation, ABl. EU L 173/179 vom 12. Juni 2014
Mio.	Million
Mrd.	Milliarde
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
n.F.	neue Fassung
No.	Number (engl. für Nummer)
Nr.	Nummer
NS	Nationalsozialismus
o.ä.	oder ähnliches

*Abkürzungsverzeichnis*

OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OLG	Oberlandesgericht
öStGB	österreichisches Strafgesetzbuch
öStPO	österreichische Strafprozessordnung
OWiG	Ordnungswidrigkeitengesetz
RefE	Referentenentwurf
RG	Reichsgericht
RGBL	Reichsgesetzblatt
RiStBV	Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren
Rn.	Randnummer
S.	Seite
Sec.	Section
Slg.	Sammlung
s.o.	siehe oben
sog.	sogenannte(r/s)
StGB	Strafgesetzbuch
StGB-E	Strafgesetzbuch-Entwurf
StPO	Strafprozessordnung
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StVO	Straßenverkehrsordnung
StVollzG	Strafvollzugsgesetz
Tz.	Textziffer
u.a.	unter anderem
UrhG	Urhebergesetz
U.S.	United States
usw.	und so weiter
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
VermAnlG	Vermögensanlagengesetz
Vertikal-GVO	Verordnung (EU) Nr. 330/2010 der Kommission vom 20. April 2010 über die Anwendung von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf Gruppen von vertikalen Vereinbarungen und abgestimmten Verhaltensweisen, ABl. EU L 102/1 vom 23. April 2010
vgl.	vergleiche

*Abkürzungsverzeichnis*

VO 1/2003	Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 200 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln, ABl. EU L 1/1 vom 4. Januar 2003
Vol.	Volume (engl. für Band)
Vorbem.	Vorbemerkung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
z.B.	zum Beispiel
Ziff.	Ziffer
zit.	zitiert

